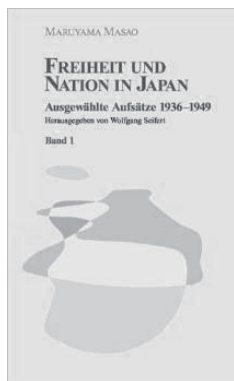


## Buchvorstellung I

---



Masao Maruyama. *Freiheit und Nation in Japan. Ausgewählte Aufsätze 1936-1949*; herausgegeben von Wolfgang Seifert. München: Iudicium. Band 1: 2007, 167 Seiten, ISBN 978-3-89129-875-6; Band 2: 2012, 182 Seiten, ISBN 978-3-86205-091-8; je 15 Euro.

Maruyama (1914-1996) spielte in der japanischen Nachkriegszeit als linksliberaler Präzeptor und Kritiker vermeintlicher oder tatsächlicher restaurativer Politiken der konservativen Regierungen – vor allem, wenn sie den von MacArthur getexteten Friedensartikel 9 der Verfassung auszuhebeln suchten – eine ähnliche Rolle als öffentlicher Sozialphilosoph wie viele französische Intellektuelle oder etwa Habermas, Dahrendorf oder Ulrich Beck in Deutschland.

Dabei waren seine Argumentationslinien stets komplex und stark ideen- und sozialgeschichtlich und von seiner intimen Kenntnis der europäischen und vor allem deutschen Philosophie geprägt, die er ausführlich und oft im Original zitierte. Im Gegensatz zu jener Aufnahme der deutschen Philosophie in Japan ist die Maruyama-Rezeption in Deutschland bislang sehr dürftig ausgefallen. Umso erfreulicher ist es, dass der Herausgeber in zwei schmalen, sehr lesenswerten Bänden die wichtigsten bislang unübersetzten Aufsätze Maruyamas, die seinen intellektuellen Werdegang in seiner frühen entscheidenden Epoche von 1936-1949 – während der Kriegs- und Nachkriegszeit also – dokumentieren, exemplarisch in einer vorbildlich annotierten Ausgabe vorstellt. Sie kreisen um die Hauptfrage des Zusammenhangs von Nation und Demokratie. Wie wurden aus den früheren national unbewussten und entmündigten Untertanen im Prozess der Modernisierung und nationalen Bewusstseitswerdung freie und unabhängige Bürger bzw. warum scheiterte in Japan dieser Prozess und endete in einem expansiven staatszentrierten Nationalismus? Dabei wendet Maruyama sich klar gegen die mythische *Kokutai*, die als imperiale Staatsidee Japans 1889/90 kodifiziert wurde, hält aber gleichzeitig das Konzept eines unabhängigen Nationalstaates für die bürgerliche Emanzipation aus dem Feudalismus für unabdingbar.

In einem ersten, 1936 im jugendlichen Alter von 22 Jahren verfassten Aufsatz kritisiert Maruyama faschistische Ständeorganisationen (die wir heute noch in Österreich als nach 1945 freilich demokratisch längst gewendete „Sozialpartner“ und doch direktes Erbe des Austrofaschismus von 1934 bewundern können) als mittelalterlichen zünftlerischen Rückschritt, die als Kammern die Individuen ihrer Selbständigkeit berauben (Band 1, S. 31). Der Aufstieg von Irrationalismus und Mystizismus verstärkte die im-

perialistischen Konflikte, denn das Finanzkapital verlange nach einer aktiven Staatsmacht für seine Expansionspolitik. Schwache internationale Organisationen (wie der Völkerbund) könnten die von der Finanzkrise verschärften Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten nicht im Zaum halten (S. 42).

1944, kurz vor seiner Einberufung zum Kriegsdienst nach Hiroshima, schrieb Maruyama testamentartig zur Frühzeit des japanischen Nationalismus: Er sei für die Nationenbildung Japans, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die nationale Solidarität und die erstrebenswerte Einheit des Landes als ein progressives Phänomen zur Überwindung des spalterischen Feudalismus des Tokugawa-Systems notwendig gewesen. Dabei versteht Maruyama den Nationalismus als Instrument der Selbstbehauptung und Identitätsfindung ohne imperialen Chauvinismus. Seine Kritik der Tokugawa-Diktatur fällt (gerade im Licht der aktuellen Shogunats-Nostalgie in Japan: zweieinhalb Jahrhunderte von Frieden und auskömmlicher Armut durch nationale Abschottung und soziale Segmentierung, AR) durch unorthodoxe Schärfe auf: 90% der Bevölkerung, alle Bauern und Stadtbürger, seien politisch ausgestoßen und entmündigt worden. Sofern sie es vermochten, hätten sie sich nur in sinnliche Genüsse geflüchtet (S. 60). Das Ergebnis war eine strikt geschichtete Gesellschaft, aber keine Nation, die zudem noch absichtsvoll regional zersplittert wurde, mit einem lokalen Sektionalismus als Folge. Zwar herrschten die Tokugawa-Shogune einerseits durch die direkte Kontrolle der wichtigsten Städte, der Bergwerke und der Daimyō zentralistischer als ihre Vorgänger. Andererseits blieb ihre Herrschaft in den von den Daimyō verwalteten Gebieten (*han*), die dort ihre eigene Rechtssetzung und Gerichtsbarkeit betrieben, weiter indirekt. Der Verkehr zwischen den *Han* wurde durch schlechte Straßen und Reiseverbote absichtlich erschwert und die gesamte Gesellschaft von den Adelsrängen abwärts in kastenartige Ränge mit strengen Beschränkungen eingeteilt. Damit wurden Erfahrungs- und Bewusstseinshorizonte aller Japaner so eingeschränkt, dass selbst bei der führenden Kriegerkaste sich das Loyalitätsgefühl nur auf das persönliche Lehensverhältnis zum jeweiligen Feudalherrn beschränkte (S. 63). Der Zweck jenes universellen Partikularismus war in reaktionärer Metternichscher Logik die Unterbindung eines Nationalgefühls von unten. Dem diente sowohl die Abschottung von außen (*sakoku*) wie ein systematisches Spitzelsystem, das von der gegenseitigen Überwachung der *Han* bis zu den Dorfgemeinschaften reichte. Warner gegen die Bedrohung aus dem Westen und Japans Unterrüstung wurden verfolgt und ins Gefängnis geworfen. Denn mehr noch als vor den Fremden hatte Japans Elite vor den eigenen entmündigten Bürgern (*shomin*) Angst, die sie für dumm, charakterlos und verräterisch hielten. Als Kapitän Perry 1853 erschien, gab es keinen effektiven Küstenschutz. Japan erschien als „Land ohne Regierung“ gelähmt (S. 72). Doch schon früher waren die dann später in der Meiji-Zeit verwirklichten Ideen der Kaiserverehrung zur Überwindung der *Han*-Grenzen und einer absolutistischen Zentralmacht zur nationalen Modernisierung und Vertreibung der Barbaren sowie des Konzeptes des „reichen Landes und starken Militärs“, das das Ende der feudalistisch aufgesplitterten Macht bedeutet hätte (S. 100), entwickelt und

aus Furcht der Daimyō vor der Emanzipation der Bürger und des Bedeutungsverlustes der Kriegerkaste unterdrückt worden. Zur Ironie der japanischen Geschichte zählt, dass während der Meiji-Restauration radikalisierte Hofadlige, niedrige Samurai und Angehörige der bürgerlichen Oberschicht die Selbstauflösung der herrschenden Feudalordnung betrieben, das gemeine Volk (*shomin*) aber unbeteiligt blieb (S. 102).

Nach dem Krieg konnte Maruyama natürlich wesentlich freier schreiben. In seinem berühmten Aufsatz „Zur Logik und Psychologie des Ultrationalismus“ von 1946 unterschied er sich mit seinen ideengeschichtlichen und sozialpsychologischen Analysen jedoch deutlich von dem jetzt herrschenden orthodoxen ökonomistischen Vulgärmarxismus mit seinen „schreienden Parolen“ (S. 113), dem die Mehrheit der japanischen Intellektuellen (sowie ein Gutteil der US-Besatzer in MacArthurs Stab) damals huldigten.

Im Zentrum seiner Kritik steht die *Kokutai*, die Doktrin, die Japans vormalige besondere Verfasstheit mit der Göttlichkeit des Tennō im Zentrum darstellt. Damit konnte der Meiji-Staat auch kein „neutraler Staat“ im Sinne Carl Schmidts sein, der Privatangelegenheiten und religiöse Bekenntnisse als subjektive Innerlichkeiten garantierte (S. 116). Tatsächlich wurde durch die Wiederherstellung der kaiserlichen Autorität eine einzige Legitimationsbasis geschaffen, die mit Hilfe von Polizei und Militär gegen die Bewegung der Volksrechte durchgesetzt wurde. Wissenschaft und Kunst hatten dem Staat zu dienen. Mit der Göttlichkeit des Tennō gab es auch keine Glaubensfreiheit und kein Privatleben: Denn das Leben eines Untertanen ist immer öffentlich. Mit der *Kokutai* als „Vollendung des Wahren, Guten, Schönen zu allen Zeiten und an allen Orten“ konnte sie als Quelle der Moral ihres Wesens nach auch nichts Schlechtes hervorbringen und legitimierte damit jegliche staatliche Handlung, die ja im Namen des Kaisers vollzogen wurde, auch von Kriegsverbrechen (S. 124). Dabei war die Machtausübung nicht auf ein starkes Ich-Bewusstsein gestützt, sondern beruhte auf der Identifikation mit der Staatsgewalt. Entsprechend verfiel das Verhalten bei ihrem Zusammenbruch im August 1945 oder bei Gefangennahmen. Mit der Nähe zum Tennō bestand vor allem bei den höheren Rängen des Militärs als des „Kernstücks des Staates“ (S. 130) die Tendenz, ihre Eigeninteressen mit denen des Kaisers zu identifizieren. Die eigenen Gegner wurden damit zu Staatsfeinden. Das erklärt, warum niemand sich persönlich für den Kriegsausbruch verantwortlich fühlte. Auch Tojo stellte sich stets nur als „normalen Untertan“ dar (S. 135). Doch auch niedrige Dienstgrade fühlten sich in Übersee dank des kaiserlichen Dienstes in unbegrenzt überlegener Position, wobei sie den auf ihnen lastenden Druck durch „Triebhandeln“ befreiten (S. 137). In letzter Konsequenz verlangte das Tennō-System als zentraler Weltmaßstab für den Weltfrieden die Herrschaft des japanischen Systems. Die Pathologie jenes Systems sei damit keine Ausnahmererscheinung, sondern systemisch angelegt, so Maruyama (S. 144).

Der zweite Band eröffnet mit einer politischen Biographie von Katsunan Kuga (1857-1907), einem nationalliberalen Zeitungsherausgeber aus dem Jahr 1947. Ihm ging es

darum, durch die Verbindung von Nationalismus und Demokratie eine fortschrittliche Ideologie zur Zerschlagung des Feudalismus und zur Vollendung der nationalen Einheit durch ein parlamentarisches System und Volksrechte zu schaffen (Band 2, S. 26). Als die neugegründeten Parteien mit der Oligarchenregierung (*hanbatsu*) im Interesse von Steuererleichterungen und militärischer Aufrüstung bald gemeinsame Sache machten, agitierte Kuga gegen ihre „Volksverachtung“ und wurde mit wiederholten langen Publikationsverboten bestraft, zumal er sich auch gegen die staatszentristischen Kernelemente der Meiji-Politik, wie der Bevorzugung der Zentrale über die Peripherie, der Industrie über die Landwirtschaft und des Staatskapitals über das Privatkapital, wandte. Der Mittelstand, die Regionen, die Arbeiterfrage und die Freiheitsrechte waren ebensolche Anliegen.

In einem gleichjährigen Artikel zum „Freiheitsbewusstsein in Japan“ rechnet Maruyama auch mit dem Konfuzianismus als Erzfeind von Gleichheit und Freiheit ab (S. 46). Die unter den Tokugawa-Shogunen verbindliche Ideologie habe die freiheitliche Natur der Menschen unterdrückt und den entmündigten Bürgern und Kaufleuten nur hedonistisch-sinnliche Betätigungen als Ausweg erlaubt (S. 55).

In einer sozialhistorisch angelegten Studie zur „Geschichte der Bewegung für Freiheit und Volksrechte“ (*mintō*) der Jahre 1868 bis 1912 und ihrer wechselhaften Beziehungen zu der aus den *Han*-Cliques gebildeten Oligarchenregierung erkennt Maruyama ihre Träger als jene deklassierten Samurai und Angehörige des niedrigen Adels (*shizoku*), die durch die Errichtung von Präfekturen, die allgemeine Wehrpflicht und das Verbot des Schwerttragens sich um ihre Privilegien betrogen fühlten, durch den Wertverfall ihrer entschädigenden Staatsanleihen die soziale Deklassierung fürchteten und die Widerstandsbewegung der Bauern gegen die massive Besteuerung für ihre Zwecke nutzten. Viele von ihnen waren Nostalgiker der Tokugawa-Ära. In den 1870er Jahren äußerte sich die Bewegung durch eine aggressive Zeitungsagitation, die aber vor allem ab 1882 mit den neu entstandenen Parteien von der Regierung durch die Einschränkung der Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zunehmend unterdrückt wurde. Ab 1886 lebte die Volksbewegung durch die Fusion konservativer und liberaler Forderungen erneut auf. Damals ging es einmal gegen die Ungleichen Verträge, die Japans Zollautonomie aufhoben und die ausländische Konsulargerichtsbarkeit einführen, aber auch um die Herabsetzung der Grundsteuern und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit (S. 77). Mit dem Zusammentritt des ersten Reichstags 1890 war die Kooptation kooperationswilliger Bewegungsführer laut Maruyama ursächlich für den Beginn der politischen Korruption im modernen Japan. Vor allem die Liberale Partei stellte sich bald als Interessenvertretung des Großbürgertums und der Großgrundbesitzer heraus (S. 82). Außenpolitisch wollte die Bewegung einerseits Ostasien vor den europäischen Mächten schützen, andererseits aber auch die weltweite imperialistische Strömung für Japans Machtinteressen nutzen. Vor allem nach der Drei-Mächte-Intervention wurden ab 1892 reaktionäre, staatsinterventionistische Stimmungen

immer stärker. Nachdem die ursprüngliche Akkumulation für die Entwicklung von Industriekapital von der Oligarchenregierung geleistet wurde, brauchte Japans Industrie staatlichen Schutz zur Sicherung der Absatzmärkte in Korea und China. Jene hohe Staatsabhängigkeit verhinderte laut Maruyama die Entwicklung einer unabhängigen Bourgeoisie, die der Träger des politischen Liberalismus hätte werden können (S. 95).

Ein zusammenfassender Artikel zum „Staatsdenken der Meiji-Zeit“ aus dem Jahr 1949 beschließt stimmig jenen zweiten Band. Für Maruyama war die Kaiserverehrung entscheidend für den Aufbau des zentralistischen Einheitsstaates, der nach innen wie nach außen ein starker Staat sein sollte (S. 100). Er wurde aus der Furcht geboren, eine Kolonie oder Halbkolonie wie die großen Zivilisationen Indiens oder China zu werden. Es halfen die Ziele, die Samurai beschäftigen zu müssen, die ungleichen Verträge zu revidieren, das europäische Vordringen aufzuhalten und das nationale Ansehen zu mehren. Schließlich konnte man mit der Unterwerfung Koreas (und schon vorher Taiwans) den europäischen Imperialismus ohne Risiko imitieren und die inneren Verhältnisse unter dem Vorwand äußerer Konflikte nach eigenem Gutdünken regeln (S. 106). Das Erziehungssystem wurde bereits 1885 mit dem Ziel modernisiert, um mit militärischem Drill loyale Untertanen heranzuziehen (S. 119). Nach dem sino-japanischen Krieg entstand das Einverständnis zwischen den *Zaibatsu*-Holdings und den *Han*-Cliquen als konstitutives Element des staatsnahen japanischen Kapitalismus (S. 126). Die Parteipolitiker mutierten schließlich immer stärker zu Anwälten nationaler Stärke. Ihr neuer Nipponismus sah Japan im darwinistischen Überlebenskampf der Nationen. Dabei stand die Konzeption des Tennō als göttlichem Souverän immer mehr im Widerspruch zur Freiheit des Denkens, der Rede und der Wissenschaft (S. 133). So war die Verflechtung von Staatsmacht, Industriekapital, der Privilegien einiger kriegswichtiger Schwerindustrien und des Großraums Tokyo in Japans moderner Entwicklung eigentlich schon sehr früh angelegt (S. 141).

Man mag Maruyama nicht in allen Details und Argumentationssträngen folgen, zumal manche verwendete Psychologismen, wiewohl scharfsinnig und schlüssig, eher hermeneutischer und anekdotischer als empirisch gesicherter Natur erscheinen. Doch wirken seine unorthodoxen, kraftvoll formulierten Einschätzungen der Tokugawa- und Meiji-Zeit gegenüber den immer gleichen Lehrbuch-Gemeinplätzen von harmonie-trächtiger friedlicher Stagnation beziehungsweise dynamischer Modernisierung (die beide trotz ihrer Widersprüche irgendwie sehr lobenswert erscheinen) erfreulich erfrischend und intellektuell stimulierend. Dies lädt auch zur kontrafaktuellen Reflektion ein: Was hätte passieren können, wie würden Japan und Ostasien heute aussehen, hätte eine bürgerlich-liberale Freiheitsbewegung in der Meiji-Zeit sich durchsetzen können? Die Spekulation mag vielleicht müßig sein. Doch Maruyamas hervorragend übersetzte und editierte Aufsätze haben mit Sicherheit bei dem deutschen interessierten Fachpublikum eine stärkere Aufnahme verdient, als sie es bislang erlebten.

Dr. Albrecht Rothacher